

Pro Hund: „Anachronistische Steuer“

Philippsburger Verein verärgert über fehlende Zahlen / Widerspruchsverfahren läuft

Philippsburg. Im Streit zwischen dem neu gegründeten Verein „Pro Hund Philippsburg“ e. V. und der Kommune läuft das Widerspruchsverfahren, zu dem die schriftliche Begründung nachgeliefert wird. Wie der stellvertretende Vorsitzende Wolfgang Ams erklärte, erwäge man, unter Umständen noch vor dem ganzen Widerspruchsverfahren beim Verwaltungsgericht eine aufschiebende Wirkung der Steuerzahlung zu erreichen. Der inzwischen auf 294 Mitglieder angewachsene Verein traf sich zu seiner zweiten Mitgliederversammlung im ASV-Fischerheim, wo Vorsitzender Carsten Walther 125 Mitglieder und Gäste begrüßte.

Er gab einen Sachstandsbericht zur beantragten Gemeinnützigkeit und der gesuchten Aufnahme in einen Dachverband. Beisitzer Rechtsanwalt Steffen Schöps berichtete vom

Besuch des Vorsitzenden Walther, des Stellvertreters Ams und ihm selbst im Rathaus. Das Gespräch mit Bürgermeister Stefan Martus, dem Beigeordneten Dieter Day und Bürgeramtsleiter Manfred Maurer habe gezeigt, dass man ernst genommen werde und etwas erreichen könne. Man werde prüfen, was dort gesagt worden sei. Korrekte Hunde-Zahlen habe man allerdings nicht bekommen.

Wolfgang Ams bemerkte zu der vom Rat beschlossenen neuen Hundesteuersatzung, sie sei formell richtig zustande gekommen. Man habe Widerspruch eingelegt, aber weniger als erhofft erreicht. Man habe sich bemüht, mit

Stellung einer Sicherheitsleistung zunächst die direkte Zahlung durch den Einzelnen vermeiden zu können. Die Stadt bestehe aber auf der Zahlung. Er könne nicht empfehlen, nicht zu zahlen. Der Bürgermeister habe die frühere Luxussteuer Hundesteuer als heutige Aufwandssteuer bezeichnet. Bei einer Steigerung der Lebenshaltungskosten um 19,4 Prozent wäre eine entsprechende Steigerung auch bei der Hundesteuer angemessen, nicht aber eine hundertprozentige. Das sei seines Erachtens rechts- und sittenwidrig. Auch einen „Lenkungsbedarf“ sieht Ams nicht. Es gebe nur eine marginale Zunahme der Tiere in den letz-

ten Jahren. Die Steuer dürfe nicht zur Strafsteuer werden. Im übrigen gehe definitiv von Hundekot keine Infektionsgefahr aus, hieß es.

Vorsitzender Walther rechnet damit, dass das Widerspruchsverfahren drei bis sechs Monate dauern könne. Man werde an die Fraktionen herangehen, um sie zu überzeugen, dass eine falsche Entscheidung im Rat getroffen worden sei. Der Bürgermeister wolle auch keine gemeinsame Presseerklärung mehr mit dem Verein abgeben. Ams fügte an, Martus habe Geister gerufen, die er wahrscheinlich so bald nicht wieder los werde. Man befinde sich auf einer Gratwanderung. Vielleicht könne

man mithelfen, diese „anachronistische Steuer“ abzuschaffen.

Eine besondere Note erhielt die Versammlung durch die Anwesenheit der Stadträte Christopher Moll und Thomas Biesenberger von den Freien Wählern. Moll hatte die einzige Neinstimme gegen die Steuerverdoppelung abgegeben, sein Kollege sich enthalten. Moll erläuterte, er denke besonders an Ältere, Kranke, Alleinstehende, für die der Hund eine Ersatzperson sei. Es gebe eine Dunkelziffer von Leuten, die ihren Hund nicht angemeldet hätten. Das müsse man feststellen. Die jetzige Steuererhöhung finde er jedenfalls zu krass.

Biesenberger sagte, man habe sich dem Mehrheitsbeschluss beugen müssen. Die eingeschlagene Richtung im Rat sei fragwürdig und zu überdenken. Moll empfahl, mit Gemeinderäten zu sprechen. Manfred Reeb